

Hohenzollern-Mantel,
Kaisermantel, Paletots, Havelocks, Joppen
empfehlen in grosser Auswahl
Robert Kunze,
Altmarkt 1
Bazar für Reise-Artikel
und Herren-Modewaaren.

Dresdener Nachrichten

N. Salm
(Inh.: Rich. Wiedner)
Special-Fabrik
geprägter Siegelmarken
Planen 6. Dr.
Kaiserstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1141)
empfiehlt ganz besonders ge-
prägte Packverpackungen und
Schutz-Marken, sowie Signet-
schablonen, alle Gattungen
Farbentempel u. Gravirarbeiten
Jeder Art.

Glaswaaren
Jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und
Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rühl & Sohn,
Neumarkt II. Fernsprechstelle 1110.

Hanns Hanfstaengl
(C. A. Teich)
Königl. Sächs. Hofphotograph
Pragerstr. 30.

Lederwaaren - Specialität!
Portemonnaies, Cigarrenetuis, Damentaschen, Albums etc.
Grösste Auswahl in allen Preislagen!
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 8,
nicht dem Altmarkt.

Christoffel-Ausstattungen. Tafelöffel, Dtzd. M. 27.60, Tafelmesser, Dtzd. Mk. 28.80, Tafelgabeln, Dtzd. M. 27.60, Caffeelöffel, Dtzd. M. 14.40 etc. etc. **Hofl. Robert Hoffmann. Einziges Depot.**

Nr. 339. Spiegel: Die neuen Handelsverträge, Deutschland und Oesterreich. Hofnachrichten, Landtags-Verhandlungen, Betriebsangelegenheiten, Stadtverordnetenversammlung, Reichsgericht, „Domänen“. **Sonnabend, 5. December.**

Politik.
Die Tage, in denen die neuen Handelsverträge zur Ver-
tastung gestellt werden sollen, rücken immer näher heran und nur
noch eine kurze Spanne Zeit trennt uns von dem Augenblick, der
darüber entscheiden soll, ob deutscher Fleiss und deutsche Arbeit
ihren Lohn finden, oder ob die Schraube fallen soll, die dem
Berufstätigen einer übermühtigen Konkurrenz blosser weicht. Die
Verträge sind, wie es heisst, bereits dem Bundesrath zugegangen,
und da im Schoosse desselben grundsätzliche Meinungsverschieden-
heiten kaum noch bestehen dürften, so werden sie auf glatter Bahn
an die Volksvertretung gelangen. Voransteht natürlich eine große
Rede des Reichstages über die Verträge über ein Wort einzeln,
das im guten und bösen Sinne als die ureigentliche Schöpfung der
gegenwärtigen Zeit betrachtet werden kann, und Herr von Bülow,
einmal der wirksame Vertreter wesentlich entgegengelegter Grund-
sätze, wird die Vertheidigung der Einzelheiten übernehmen. Nach der
Stellungnahme der einzelnen Parteiführer, nachdem speziell der
Centrumsführer Herr v. Duene den Nachzug angetreten, dürfte die An-
nahme der Verträge einem Zweifel kaum unterliegen und demgemäß
der 1. Februar des kommenden Jahres den wichtigen Zeitabschnitt be-
ginnen, in welchem Deutschland, änger als zu den Zeiten des
seligen Bundesstaates, wirtschaftlich und somit auch politisch von
Oesterreich abhängig wird. Die Fests, welche für die Verabredung
der eminent wichtigsten Verträge übrig bleibt, ist ungemein kurz
bemessen. Während sonst Vorlagen, die vielleicht nur eine auf
einzelne Verwicklungen rückwirkende Bedeutung besitzen, in ewig
langen Verhandlungen durchgemüht werden, dürften die Handels-
verträge ohne Commissionberathung im Plenum kurzer Hand
durchgeleitet werden.

geändert wird? Müste man diese letzte Frage bejahen, dann wäre
das ganze Bündnisswerthlos und es wäre an der Zeit, sich nach
einem neuen Bundesgenossen umzusehen! So lange Kaiser Bismarck
im Amte war, würde man von Wien aus es nicht eifrig haben, und
politische Notwendigkeiten für Zollgesetze vorzuführen. Worin
liegt es, daß es jetzt anders wurde? Won wird diese Frage nur dann
richtig beantwortet werden können, wenn man die optimistische Auffassung
des Reichstages über den Kaiserbesuch in Rom zurückweist.
Denn nur dann, wenn man zugiebt, daß Dank der Politik der
letzten anderthalb Jahre die Möglichkeit einer Verständigung mit
Austland aufgehoben ist, wird man eine Angst, die über die wichtig-
sten nationalen Interessen einfach zur Tagesordnung übergeht,
begreifen, zugleich aber auch den Beginn der österreichischen Ver-
tragsverhandlungen mit Zug und Recht als ein „Anfangsprodukt“
bezeichnen können. Dann wird auch die Meinung sich befestigen
müssen, daß wir an Oesterreich-Ungarn einen unwürdigen Tribut
zu entrichten haben.

stimmung der örtlichen Tagesöhne nach thunlichst gleichen
Grundlagen und den thätigsten Tagelöhnlöhnen gewöhnlicher
Tagelöhner entsprechend erfolge. Die Wahlen der Abgeordneten
von Hildorf und Dr. Hartmann (sonst) werden für gültig erklärt,
doch sollen Erhebungen über in den Wahl-Verfahren bespottete
Unregelmäßigkeiten stattfinden. Die Wahl des Prinzen Konrad
wird beantragt. — Morgen Vorlage, betreffend die Immunität
der Abgeordneten. Die Reichstagen haben beschlossen, gegen die
Bestimmung zu stimmen.

Die wichtigen Bedenken, welche den Handelsverträgen und
speziell der Verringerung der Kornzölle gegen Oesterreich-Ungarn, der
Belastung gegen Italien gegenüberstehen, sind im Laufe des
Sommers nicht geschwunden. Zunächst ist die bedeutsame Frage
nicht beantwortet worden: Wonit wird das Reich den ganz gewalt-
sam finanziellen Anfall an Einnahmen decken? Der Grundlag, dem
man gemeinlich im Privatleben folgt, daß man keine extravaganten
Ansprüche macht, ohne zu wissen, womit man sie deckt, sollte doch auch
im Staatseben geltend haben. Wir glauben, daß der Begeisterung
über die Annahme der Vorlagen alsbald der finanzielle Kabinett-
summer folgen wird, und es gebührt gerade keine überhörschwängliche
Blumensprache, Herrn Wiquel und Herrn von Kolb als Leiter
der Finanzmission das Feuer schüren zu lassen, das die Taschen
der Steuerzahler leer brennt. An der absolut notwendigen Steuer-
erhöhung werden sich bedenkend auch die Landwirthe theil nehmen,
die als das doppelte Vergnügen haben, ihre Produkte entwerthen
und ihre Ausgaben erhöht zu sehen. Ein zweites, großes Bedenken
schleicht sich von selbst an. Wer A sagt, muß auch B sagen. Es
liegt in der Natur der Sache und wird eine volkswirtschaftliche
Notwendigkeit werden, daß die Industriellen den Landwirthschafts-
zöllen in den Ruf folgen. Denn der Landwirth wird schwerlich
auf die Dauer geneigt sein, die ihm notwendigen Maschinen ver-
zollt zu bezahlen, während seine eigenen Produkte schloß einer
übermächtigen Konkurrenz verfallen. Ist der Mantel gefallen, muß
der Herzog nach. Wir treten somit in die Area des Freihandels
zurück, eine Consequenz, die von freisinnigen und sozialistischen
Blättern folgerichtig gezogen wird. Es wird sich in der nächsten
Zeit voraussichtlich hinreichende Gelegenheiten finden, gerade auf
dieses Capitel möglichst eingehend zurückzukommen. Für die kon-
servativen Mitglieder des Reichstages ergibt sich aber die dringende
Pflicht, das Verlangen nach einer eingehenden Prüfung zweier
Fragen zu stellen, deren durchdringende Beantwortung allein den
gegen unsere Landwirthschaft gefährlichen Zustand mildern könnte:
haben wir in der Eisenbahnpolitik Oesterreichs und bezwgl.
Ungarns eine genügende Sicherheit gegen neue, unflößige Ueber-
forderungen? Und zweitens: Wüssen wir gemäß dem bekannten
Artikel II des Frankfurter Friedensvertrages, nach welchem wir
mit Frankreich im Verhältnisse der Reichthümlichkeit stehen, den
Frankosen gleichfalls alle Vortheile gewähren, die wir Oesterreich
zuzurechnen? Allerdings exportirt Frankreich an uns nur geringe
Quantitäten an Getreide, aber es ist sicher anzunehmen, daß im
Falle der Verabredung jener Frage Ausland innerhalb der als Ver-
tragsdauer zunächst in's Auge gefaßten zwölf Jahre keine Landes-
produkte über französische Häfen nach Deutschland werden wird.
Gegenwärtig wird England und dessen Colonien sowie Amerika zu dem
verringerten Zollsatze Getreide zu uns bringen und hiermit die
deutsche Landwirthschaft, die unter ungleich schwereren natürlichen
Bedingungen und unter starken, totalen Kosten arbeitet, in kurzer
Zeit erstickt. Die Möglichkeit, diese Fragen genau prüfen zu
können, ist wohl das Beste, was die Abgeordneten verlangen
können, denen es zugemuthet wird, ohne Nachweis sachlicher Be-
gründung Beschlüsse zu fassen, die allen höherem, noch länger
Verzögerung getrossenen Beschlüssen Schnurstricks zuzuführen.

Hierbei bleibt noch eine Frage ganz unerörtert, die immerhin
von Bedeutung ist. In demselben Maße, in welchem wir wirth-
schaftliche Opfer für ein politisches Bündniss zu bringen haben, in
demselben Maße wird die Freude an diesem Bündniss sich ver-
ringern. Wenn erst die ungarischen Kornhändler unseren Markt
bedrängen, dann wird die Popularität des Bundes erg in's
Wanken geraten. Dann wird auch die Frage: Was ist uns
Oesterreich werth? scharfer, kritischer Beleuchtung unterzogen und,
wie wir fürchten, nicht immer in einem in Wien erwünschten
Sinne beantwortet werden. Tauschen doch jetzt schon Stimmen
dringender Warnung auf, die daran erinnern, daß der heimges-
agene Kaiser Wilhelm selbst den Bündnissvertrag nur bestimmte
„aus unabweisbarer Nothwendigkeit, um den Bestand des Reiches
und die Ruhe seiner Völker zu sichern.“ Es tausend Stimmen auf,
die dann entscheiden die feste Dauer des Bundes und seinen Werth
für Deutschland illustriren wollen und die ihr Urtheil besonders
auf die inneren Verhältnisse unserer Bundesgenossen stützen. Die
Kittmächte, die der Verabredung, so heißt es in einer solchen
erwähnten, hochbedenklichen Broschüre „Germania Irredenta“,
gesehen ist als verwerflich, die einseitige Erleichterung schänt mit
kritischem Blick die durch die Bündnisse erzielten Vortheile, und
bereits hört man hüben und drüben das verhängnisvolle „dovons“.
Die deutsche Aussenpolitik wird in Oesterreich der Weitem nicht überall
in ihrem vollen Werthe anerkannt, so in Folge der inneren Entwicklung
des Reichthums in den letzten Jahren, infolge der gewaltigen
Jurisdiktionsfrage des deutschen Elementes, all das Deutsche Reich
einem grossen Theile der österreichischen Bevölkerung als gefähr-
licher Feind. Innererlei hält man in unsern Kreisen bis zum
letzten Mann und bis zum letzten Brocken für so werth, daß man
nicht durch den Handelsvertrag die Kosten einholen will, welche zur
Sättigung der deutschösterreichischen Elemente erforderlich sind. Wie
die Dinge jetzt liegen, bemerkt die erwähnte Broschüre, „bedeutet
jede von Oesterreich verlangte Part eine Erhöhung der uns lebens-
wichtigen Elemente, der zunehmenden Wohlstand würde höchstens
wären Widerwärtigen in Oesterreich die Waffen höher, die
unwiderlich durch Vermischung des feindlichen, fortgeschrittenen Bauern-
standes zerbrechen.“ Sucht einmal Oesterreich, sobald die slavischen
Elemente auch in der äußeren, wie bereits in der inneren Politik
die Oberhand gewinnen, über uns was eine Verständigung mit
Austland, dann können wir unter „Sachsen und Pöbchen“ nur lachte
einpanden und da wieder anfragen, wo wir vor 3 Jahren standen.
Das sind auch die Punkte, die sich seit dem Erscheinen der
Handelsverträge am deutlichsten bemerkbar machen.

stimmung der örtlichen Tagesöhne nach thunlichst gleichen
Grundlagen und den thätigsten Tagelöhnlöhnen gewöhnlicher
Tagelöhner entsprechend erfolge. Die Wahlen der Abgeordneten
von Hildorf und Dr. Hartmann (sonst) werden für gültig erklärt,
doch sollen Erhebungen über in den Wahl-Verfahren bespottete
Unregelmäßigkeiten stattfinden. Die Wahl des Prinzen Konrad
wird beantragt. — Morgen Vorlage, betreffend die Immunität
der Abgeordneten. Die Reichstagen haben beschlossen, gegen die
Bestimmung zu stimmen.

Bernschreib- und Bernschreib-Berichte vom 4. December.

Berlin. Der Reichstag führt die 2. Beratung der
Frankfurter Friedensverträge am 4. December. Die 1. Beratung
ist einmütig angenommen worden. § 76 a legt allen Staaten
den Verfassungsausschüssen und Inhabern der Reichsämter
Einkaufsverpflichtung in ihre Bücher und Akten zum Zwecke der Ermittlung
der Reichsämter, ihrer Beschäftigten und Lohnhöhe zu ge-
ben. Abg. Dr. Vahl (nat-lib) beantragt die Annahme
einer Bestimmung, wonach die Kaufverpflichtung auch zu Aus-
scheidungspflicht an Behörden von Gemeinden und Armen-
verbänden verpflichtet sein sollen. § 76 b wird mit dem Antrage
Vahl gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.
Unverändert angenommen wird ferner § 76 i, welcher die Kosten
weiter verpflichtet, den Verfassungsausschüssen die Einkunfts-
sätze, welche durch einen in einschlägigen Unfall beigegeben
und nach Ablauf von 4 Wochen nicht erledigt sind, binnen einer
Woche nach dieser Zeit zur Anzeige zu bringen. § 82 bedroht
Arbeitgeber, welche ihren Arbeitern vorzüglich höhere als die gesetz-
lichen Beiträge bei der Lohnzahlung in Anrechnung bringen, wenn
nicht eine höhere gesetzliche Strafe verhängt ist, mit Geldbuße bis
zu 3000 Mk. Arbeitgeber, welche die für die Casse gemachten Lohn-
zu 3000 Mk. Arbeitgeber, welche die für die Casse gemachten Lohn-
zu abgaben in eigenem Nutzen verwenden, sollen mit Geldbuße bis zu
einem Tausend bestraft werden. — Abg. Kober (Str.) beantragt,
die Einkunftsverpflichtung dieser letzteren Verträge mit Gehalts-
verpflichtung bis zu 3000 Mk., sowie mit Verlust der bürgerlichen Ehren-
rechte zu bestrafen. — Abg. Debel (Soj.): Die Strafbarkeit müsse
mit dem Momente eintreten, in dem der Arbeitgeber die zurück-
gehaltenen Beiträge des Arbeiters an die zuständige Casse abzu-
führen unterlässt. Er empfiehlt einen dahingehenden Antrag. —
Abg. v. Strombeck (Str.) beantragt, die gleiche Strafe wie für die
Arbeitgeber auch für deren Bevollmächtigte und Beauftragte fest-
zusetzen, um die Verträge mit den Staatsbehörden der Gemein-
schaft in Uebereinstimmung zu bringen. — Geh. Rath v. Wendt:
Die bloße unterlassene Ablieferung der Beiträge könne die Straf-
barkeit nicht begründen. Es müsse verlangt werden, daß die
Beiträge (in Form bei dem Arbeitgeber vorhanden waren und nicht
abgeliefert sind. In diesem Falle könnte aber auch die Strafe
nicht höher bemessen werden, als die Unterbringung gesetz-
liche Strafbestimmung. Nach längerer Debatte, in der sämtliche
Redner eine härtere Lösung befürworten, beschließt man sich die
Feststellung einer solchen für die dritte Lesung vor. Als dahin
wurde § 82 in der Commissionfassung mit dem Strafbestanden
Veränderung angenommen. Als Termin für das Inkrafttreten des
Gesetzes wurde unter Zustimmung der Regierung der 1. Januar
1883 festgesetzt. Schließlich wird folgende Resolution angenom-
men: Die beschriebenen Verträge zu erlöchen, geeignete Maß-
regeln zu ergreifen, daß in sämtlichen Bundesstaaten die Zeit-

stimmung der örtlichen Tagesöhne nach thunlichst gleichen
Grundlagen und den thätigsten Tagelöhnlöhnen gewöhnlicher
Tagelöhner entsprechend erfolge. Die Wahlen der Abgeordneten
von Hildorf und Dr. Hartmann (sonst) werden für gültig erklärt,
doch sollen Erhebungen über in den Wahl-Verfahren bespottete
Unregelmäßigkeiten stattfinden. Die Wahl des Prinzen Konrad
wird beantragt. — Morgen Vorlage, betreffend die Immunität
der Abgeordneten. Die Reichstagen haben beschlossen, gegen die
Bestimmung zu stimmen.

stimmung der örtlichen Tagesöhne nach thunlichst gleichen
Grundlagen und den thätigsten Tagelöhnlöhnen gewöhnlicher
Tagelöhner entsprechend erfolge. Die Wahlen der Abgeordneten
von Hildorf und Dr. Hartmann (sonst) werden für gültig erklärt,
doch sollen Erhebungen über in den Wahl-Verfahren bespottete
Unregelmäßigkeiten stattfinden. Die Wahl des Prinzen Konrad
wird beantragt. — Morgen Vorlage, betreffend die Immunität
der Abgeordneten. Die Reichstagen haben beschlossen, gegen die
Bestimmung zu stimmen.

Politik. Die neuen Handelsverträge, Deutschland und Oesterreich. Hofnachrichten, Landtags-Verhandlungen, Betriebsangelegenheiten, Stadtverordnetenversammlung, Reichsgericht, „Domänen“. **Sonnabend, 5. December.**